Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

- **Bürgerschaftswahl in Bremen**

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ist die SPD unter den abgegebenen Stimmen als stärkste Fraktion hervorgegangen. Die Partei wird voraussichtlich 36 bis 38 Prozent der Stimmen erhalten. Zweitstärkste Kraft werden voraussichtlich die Grünen bei um die 22 Prozent. Erst knapp dahinter bei um die 20 Prozent kommt die CDU.

Knapp über der Fünf-Prozent-Hürde sind die Linken mit fünf bis sechs Prozent. Die FDP rutscht auch in Bremen mit zwei bis drei Prozent der Stimmen in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Wahlbeteiligung liegt etwas über 50 Prozent aller Wahlberechtigten. Das amtliche Endergebnis soll aufgrund des neuen Wahlrechts frühestens erst in drei Tagen vorliegen.

-

Selbstentmündigung durch Wahlen

- Demokratie und Wahlen

- **Neue Demokratiebewegung in Spanien und Europa**

"Democracia Real Ya" - "Echte

Demokratie - jetzt!"

[...] Die Menschen strömen zahlreich auf die Plätze, bringt Decken, Essen und Zelte mit und wollen sie einfach nicht mehr verlassen. Dass in der Nacht zum Dienstag die Polizei schon in der gewohnt brutalen Art auftrat und sowohl den "Puerta del Sol" in Madrid und den zentralen Platz in Granada von "Empörten" geräumt hat, schüchtert niemanden in der Aufbruchstimmung wirklich ein. Genutzt hat es ohnehin nichts, sie sind danach zahlreicher

zurückgekommen.

So kündigt die Bewegung für eine wirkliche Demokratie auch jetzt an, dass man passiven Widerstand bei Räumungen der etwa 60 Protestcamps leisten werde. Danach komme man eben erneut noch zahlreicher zurück. Die Ausstrahlung des Protests ist so enorm, dass inzwischen zu Protesten in fast 200 Städten aufgerufen wird. Wie erwartet, [breitet] sich die Bewegung über Europa aus. [...]

Der ganze Artikel auf Telepolis: Krisenstab wegen Ausbreitung der Demokratiebewegung in Spanien

Europaweite Proteste auf Video: Spanish protests spread across Europe — in videos

- □□ Proteste in Spanien

[...] Landesweit gingen trotz eines Demonstrationsverbotes auch in der Nacht zum Samstag rund 60.000 Menschen auf die Straße, allein in Madrid sollen es 25.000 gewesen sein. Nach Angaben der Zeitung "El País" beteiligten sich in Valencia rund 10.000 Demonstranten, in Malaga und Barcelona zwischen 6000

und 7000. [...] Es ist mehr als ein Aufbegehren der Jugend gegen die Perspektivlosigkeit in dem Land, in dem 45 Prozent der 18- bis 25-Jährigen keine Arbeit haben. Der Protest reicht viel tiefer: Die jungen Menschen haben ihr Vertrauen in die Politik verloren, in das System der etablierten Parteien. [...]

Der ganze Artikel auf Spiegel Online: Spanier verbünden sich gegen die alte Macht

- □□

Sanktionsmoratorium

[...] Am 6. Juni verhandelt unser Bundestag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Abschaffung aller Sanktionen und Leistungseinschränkungen .

Auch ein Antrag von Bündniss 90/Die Grünen, der aber nicht so weitreichend ist und eher eine andere Vermittlungspraxis fordert ,steht an diesem Tag zur Abstimmung. [...]

Der ganze Beitrag von Susanne Wiest: "Die Würde des Menschen ist unantastbar..."

- □□ Fauler Zauber statt Exportwunder

[...] Die Bundesbank finanziert den Importüberschuss von Griechenland, Portugal und Co. zwangsweise über das EZB-System.

Übersteigen die Importe einer Volkswirtschaft ihre Exporte, benötigt sie Kapital aus dem Ausland. [...]

Dass der deutsche Export so gut läuft, hat er in weiten Teilen der verdeckten Finanzierung

der Handelsbilanzdefizite anderer Volkswirtschaften durch die Bundesbank zu verdanken. Die Risiken daraus trägt der Steuerzahler, der über den Bund letztlich haften muss, wenn die Bundesbank Abschreibungen

vornehmen müsste.

Der ganze Artikel auf finanzwirtschafter.de: Wird der Boom durch die Bundesbank finanziert?

- □□ Aufhebung der Gerichtsgebühren-Befreiung für Sozialbehörden gefordert

Ebenso wie die Berliner Sozialgerichtspräsidentin Sabine Schudoma kritisiert auch die Hartz4-Plattform politische Überlegungen, nach denen nicht die Verwaltungen, als die eigentlichen

Verursacher der Hartz IV-Klageflut, sondern vielmehr die Opfer, also die Hartz IV-Empfänger, mit Gerichtsgebühren belastet und ihnen damit faktisch der Zugang zu den Gerichten versperrt werden solle.

Noch bis Juli 2006 mussten die Jobcenter genauso wie andere Sozialbehörden – beispielsweise Rentenversicherung oder Krankenkassen

– für jedes Sozialgerichtsverfahren, an dem sie beteiligt waren, eine pauschale Gerichtsgebühr entrichten. In der Verantwortung von Arbeitsminister Scholz wurde durch

die große Koalition ab August eine Kostenbefreiung für die Hartz IV-Behörden eingeführt. Vermutlich sah man schon damals die Klageflut und damit enorme Kosten infolge des

Hartz IV-Gesetzes auf sich zukommen.

Für die Hartz4-Plattform steht außer Zweifel, dass durch diese Kostenbefreiung die

Prozessflut erst richtig an Fahrt gewann. Jährlich zunehmende Klagesteigerungen bestätigen das ebenso wie die Erfolgsquote für die klagenden Betroffenen von

mindestens 50% in der ersten Instanz. „In der zweiten Instanz vor den Landessozialgerichten dürfte nach unserer Einschätzung die Quote noch deutlich höher liegen," so Hartz4-Plattform-Sprech

erin Brigitte Vallenthin.

Angesichts dieser Quote hätten die Kosten-Einsparungen für die Behörden in den vergangenen

fünf Jahren für die bisherigen Hartz IV-Klagen in erster Instanz rund hundert Millionen Euro betragen, so Vallenthin. „Die weitergeführten Klagen vor den Landessozialgerichte

n sowie dem Bundessozialgericht, dürften hier noch einmal mit beträchtlichen Millionenbeträgen zu Buche schlagen.“

Trotz der Kostenbefreiung seien die nach Erkenntnissen der Hartz4-Plattform großenteils mutwillig provozierten Hartz IV-Klagen äußerst

kostspielig für die Sozialbehörden. Jedoch laden die Ämter laden diese Kosten auf dem Rücken der Steuerzahler ab. Würde die Kostenbefreiung für

die Sozialbehörden wieder aufgehoben – so wie es jetzt die Justizministerkonferenz anstrebt - und hätten die Ämter die Gerichts-Kosten-Verantwortung selber zu tragen, so würde

der Klageflut blitzschnell die Ebbe folgen," erwartet Brigitte Vallenthin.

„Wir unterstützen

deshalb ausdrücklich die entsprechende Anregung der Präsidentin des Berliner Sozialgerichts, Sabine Schudoma, vom Januar diesen

Jahres, die jetzt mit einstimmigem Beschluss für einen konkreten Gesetzesvorschlag durch die Justizministerkonferenz bestätigt wurde“, so

Vallenthin für die Hartz4-Plattform.

- □□ Geringere Hartz IV-Ausgaben des Bundes

Für die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ wurden vom Bund in den ersten vier Monaten des laufenden

Haushaltsjahres (2011) 18,2 Prozent weniger ausgegeben als in den ersten vier Monaten des Haushaltsjahres 2010. Die

Ausgaben für das Arbeitslosengeld II, der größte Teil der Hartz IV-Ausgaben des Bundes, lagen sogar 24,2 Prozent unter den

Ausgaben im entsprechenden Vorjahreszeitraum . Dies geht aus dem heute (20. Mai 2011) veröffentlichten Monatsbericht des

Bundesministeriums der Finanzen (BMF) hervor.

Der ganze Beitrag auf „gegen-hartz.de“: Geringere

Hartz IV Ausgaben

- □□ Hartz IV: Klageflut und Sanktionen

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linken, erklärt zu den Planungen der Justizminister

der Länder zur Eindämmung der Klageflut im Rahmen der Hartz IV-Gesetze: Die so genannte Klageflut bei

Hartz IV ist Ausdruck eines Gesetzes, was Armut und Ausgrenzung verursacht, nicht verfassungskonf orm und

außerdem auch handwerklicher Pfusch ist.

Darüber hinaus werden

massenhaft rechtswidrige Bescheide von den Hartz-IV-Behör den ausgestellt. 2010 wurden

34,6 Prozent der Widersprüche zumindest teilweise zugunsten der Hartz-IV-Bezieh

enden entschieden. 45,3 Prozent der Klagen waren ein Erfolg für die Klägerinnen

und Kläger mit Hartz-IV-Bezug. Bei Widersprüchen gegen die Sanktionen bei Hartz IV wurden

42,1 Prozent zumindest teilweise zugunsten der Hartz-IV-Bezieh enden entschieden.

Klagen gegen die Sanktionen bei Hartz IV waren sogar zu 60 Prozent für

die Betroffenen erfolgreich. Die Klageflut bei Hartz IV ist nur zu stoppen, wenn Hartz IV abgeschafft

wird. Sanktionen sind grundrechtswid rig und gehören sofort komplett gestrichen. Das

entlastet Gerichte und schützt Bedürftige vor existenziellen Gefährdungen.

- □□

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Woche des Grundeinkommens

Wie jedes Jahr findet auch 2011 wieder die Woche des Grundeinkommens in der

38. Kalenderwoche (19. – 25. September.2011) statt. Aufgerufen haben dazu

die deutschsprachigen Grundeinkommensnetzwerke aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz, Luxemburg und Italien/Südtirol sowie Attac-Gruppier

ungen aus Deutschland und Österreich. Die soziale Spaltung in Europa müsse

überwunden werden, die Mindestsicher ungspolitik sei gescheitert, so die Aufrufenden.

[...]

Der ganze Beitrag auf Netzwerk

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Grundeinkommen: Aufruf zur 4. Internationalen Woche des Grundeinkommens

[...] Europa ist

gespalten: Einer wachsenden Zahl von Menschen sind selbst die grundlegende

n Bedürfnisse verwehrt. Eine Teilhabe am politischen. sozialen und kulturellen Leben ist nicht

möglich. Die ungleiche Verteilung ist ein wachsendes Problem. Die Regierungen

beschränken sich vielfach auf Mindestsicherungspolitik. Die zum Einsatz

kommenden Modelle sind weder Armut bekämpfend, noch Teilhabe sichernd und vielfach

diskriminieren d, stigmatisieren d und repressiv. [...]

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Zum Aufruf: Woche des Grundeinkommens

- □ □

Arbeitsfetisch

"Der Arbeit ihren Wert geben" (Quellen:

SPD, FAZ), unter diesem Titel veröffentlicht en der SPD-Vorsitze

nde Sigmar Gabriel und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer

ihren Beitrag zum Tag der Arbeit am 1. Mai. [...] Mit der Zuspitzung

darauf, das in Rede stehende Gemeinwesen als “Arbeitsgesell

schaft" zu bezeichnen, ist an dem Beitrag nichts mehr zu retten. Keine

Rede von der bedingungslosen Verleihung der Bürgerrechte,

der Volkssouveränität und all dem Engagement, das ohne

Orientierung an Einkommens erzielung erfolgt.

Keine Rede davon, dass es gerade nicht die

Erwerbsarbeit ist, also die Leistung für Gegenleistun g, die ein Gemeinwese

n zusammenhält, sondern die bedingungslose

Bereitschaft sich zum Wohle des Ganzen einzubringen, damit es sich

erhalten kann, weil es einen eigenen Wert hat. Bürgerrechte

sind eben keine Erwerbstätige nrechte – doch ein solcher

Gedanke scheint den Verfassern des Beitrags noch nie durch den

Kopf gegangen zu sein.

Der gesamte Beitrag von Sascha Liebermann auf "Freiheit statt

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Vollbeschäftigung": Deutschland, eine Arbeitsgesellschaft oder

eine Bürgergemeinschaft?

- **Der**

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Arbeitsfetisch und sein Nützlichkeitsrassismus

- □ □

Anonymous zu Medienpropaganda und dem

Polizeiüber griff auf Piratenserv er

[...] SpiegelOnline berichtete am 20.Mai,

dass eine Gruppe von Anonymous gezielt ein Atomkraftwe rk angreifen

wollte und die Polizei die Server abschalten musste, um diesen

Terroranschlag zu verhindern. Welt und TAZ folgten mit

ähnlichen Artikeln. Wir verachten diese gezielte Verbreitung

von Desinformation zutiefst, jedoch ist es nicht unser Ziel die

Pressefreiheit einzuschränken, vielmehr möchten wir Kritikern

genauere Antworten liefern.

Anonymous hat am 18. April im Rahmen von OperationGreenrights

lediglich die Webpräsenz von EDF mit einer Distributed-Denial-of-Se

rvice Attacke angegriffen, dabei ist es unmöglich die Kontrolle über ein

Atomkraftwerk zu übernehmen oder ihm einen Schaden

jeglicher Art zuzufügen. Ferner widerspricht es dem gesunden

Menschenverstand, anzunehmen, dass die hochkritische

Infrastruktur mit einer direkten Verbindung zum Internet betrieben

wird.

[...] Die deutsche

Polizei hat wegen einer vergangenen Protestaktion gegen die

Website eines Engergiekon zerns, eine demokratisc he Partei

kurz vor den Wahlen lahmgelegt, die demokratisc he

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Bewegung der Bürger in Spanien behindert und Anonymous-

Operationen gegen Regime im mittleren Osten gestört. [...]

Zur kompletten Mitteilung von Anonymous und zum

Video auf YouTube: Stellungnahme zu Servergate &

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Polizeiangriffe

- □ □

Plagiatsjäger dehnen Untersuchungen aus

[...] Jetzt gibt es neben dem Wiki von Vr

oniPlag und GuttenPlag noch die Plagiatsjäger vom

Doktorarbeiten-Domino

. Die Ziele sind klar. Auch hier soll

überprüft werden, welcher Politiker sich in seiner

Promotion zu viel fremdes Material ohne Angabe der

Quellen angeeignet hat.

Nach Karl-Theodor zu Guttenberg, Silvana Koch-Mehri

n und Veronica Saß soll der Dominoeffekt der Abschreiber

nicht zum Stillstand kommen. Neben Mitgliedern des

Bundestages sollen hier auch Doktorarbeiten der deutschen

Mitglieder des Europaparlaments unter die Lupe genommen

werden. Im Chat kam bereits die Forderung auf, man möge doch

auch die Landtagsab geordneten mit ins Verfahren einbeziehen

. [...]

Der ganze Artikel auf gulli.de: Doktorarbeiten-Domino untersucht

65 Doktortitel von Spitzenpolitikern

- □ □

Frozen Flash Mob in Konstanz

- □□ Mal wieder kein Weltunter gang

Die Entrückung ist eine in

Deutschland kaum bekannte Vorstellung, nach der

Jesus vor seiner Wiederkunft den dafür würdigen

Bevölkerungsteil direkt in den Himmel auffahren

lässt. [...] Einige Religionsführer, wie etwa

Harold Camping, der Präsident des Family

Radio Christian Network, ließen den Termin der

Entrückung nicht offen, sondern nannten ihren

Anhängern einen Zeitpunkt dafür. [...] Gestern

lief Campings landesweit heiß debattierter

Termin ab, ohne dass es Nachweise über

Geschrieben von: Baraka
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

Himmelfahrten in größerem Ausmaß gegeben

hätte. [...]

Der ganze Artikel auf Telepolis: Entrückung blieb

auch gestern aus

{jcomments on}